

Für ein gerechtes Steuersystem.

Ihre AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg



Landesregierung bläht den Haushalt auf und tilgt zu wenig Schulden

Mit nunmehr 53,4 Milliarden Euro für das Haushaltsjahr 2018 bläht die Landesregierung den Staatshaushalt im Vergleich zum Vorjahr 2017 um 11,6 Prozent auf. Auch nach Abzug der geplanten Tilgung von Kreditmarktschulden in Höhe von 500 Millionen Euro verbleibt noch eine Ausgabensteigerung von über 11 Prozent, während die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr nach allen Prognosen nur um voraussichtlich 1,8 Prozent steigen wird. Darauf verweist der Arbeitskreis Haushaltspolitik der Fraktion der AfD im Landtag von Baden-Württemberg, Dr. Rainer Podeswa: **„Ein Ausgabenaufwuchs um mehr als das Fünffache kann keine Nachhaltigkeitskriterien erfüllen und ist den Bürgern von Baden-Württemberg gegenüber verantwortungslos. Dieser offensichtlich unter dem Motto ‚Nach uns die Sintflut‘ erstellte Nachtragshaushalt wird von der AfD-Fraktion in aller Schärfe abgelehnt!“**

IHR ARBEITSKREIS FÜR FINANZEN



DR. RAINER
PODESWA MdL

Wir arbeiten dafür, dass die Bürger in Baden-Württemberg finanziell entlastet werden. Wir sind nicht der Meinung der Landesregierung, dass Mehreinnahmen des Landes automatisch zu Mehrausgaben führen müssen.

rainer.podeswa@afd.landtag-bw.de



EMIL
SÄNZE MdL

Zur Beseitigung der Wohnungsnot fordern wir die Senkung der Grunderwerbssteuer um 1,5%. Die Tilgung der Finanzmarktschulden ist für uns genauso selbstverständlich, wie die kostenlose Schülerbeförderung.

emil.saenze@afd.landtag-bw.de



KLAUS-GÜNTHER
VOIGTMANN MdL

Die Landesregierung zeigt mit ihrer Politik eine hemmungslose Verschwendung der Steuergelder. Der weitere Aufwuchs des Beamten- und Angestelltenapparates und mangelnde Tilgungsleistung sind eine Gefahr für die Zukunft des Landes.

klaus-guenther.voigtmann@afd.landtag-bw.de

Arbeitskreis Finanzen

Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

FRAKTION
Tel. 0800-37258466
post@afd.landtag-bw.de
www.afd-fraktion-bw.de

WIR SIND BEREIT!



Für Baden-Württemberg



IHR ARBEITSKREIS FÜR FINANZEN



Die AfD-Fraktion wehrt sich energisch gegen Aufblähung des Haushaltes



Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne) hat für das Jahr 2018 über die Kreditmarktschulden und weitere zwingende Verpflichtungen hinaus hohe Beträge für die Ministerien eingestellt. „Nach der erwarteten Verabschiedung des Nachtrags Haushaltes am 12. Dezember 2018 durch den Landtag von Baden-Württemberg verblieben der Landesregierung nur noch sieben Arbeitstage. Die Landesregierung



versucht also angeblich innerhalb von sieben Tagen Milliardenbeträge auszugeben. Das ist unseriös. Die Landesregierung kann also die Mittel gar nicht ausgeben und überträgt diese sogenannten Haushaltsreste in einen Schattenhaushalt. Die Regierung entzieht so Milliardenbeträge der parlamentarischen und damit der öffentlichen Kontrolle. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit sehen anders aus“, betont Dr. Podeswa mit Verweis auf die 46 Änderungsanträge seiner Fraktion für den Staatshaushaltsplan 2019. **„Wir stellen für 2019 insgesamt 1,6 Milliarden Euro für die Entlastung der Bürger und die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg bereit.“** Weiterhin beantragt die AfD-Fraktion Mittel für die Verbesserung der inneren Sicherheit und die Rückzahlung von Landesschulden. Damit legt die AfD ein vollständig gegenfinanziertes Haushaltskonzept vor.



Senkung der Grunderwerbsteuer und kostenlose Schülerbeförderung: Entlastung der Bürger um 1,116 Milliarden Euro

Angesichts überbordender Steuereinnahmen ist es eine Notwendigkeit, den Bürger und vor allem die Familien zu entlasten. **Die AfD-Fraktion hat die Reduzierung der Grunderwerbsteuer von 5,0 Prozent auf 3,5 Prozent beantragt.** Diese Gesetzesinitiative wurde in der Anhörung von allen beteiligten gesellschaftlichen Gruppen als richtiger Schritt begrüßt. Neben der **finanziellen Entlastung der Bürger in Höhe von 588 Millionen Euro würde dieser Schritt auch zur Entspannung auf dem Wohnungsmarkt beitragen.** Darüber hinaus hat die AfD-Fraktion eine **kostenlose Schülerbeförderung** beantragt. Gerade große Familien erhalten damit eine Besserstellung, die dringend nötig ist. Leider wurden beide Initiativen durch die Regierungsfaktionen abgelehnt.

Innere Sicherheit stärken – 45 Millionen Euro zusätzlich für Polizei und Justizvollzug

„Dass erst in einem Nachtragshaushalt 5 Millionen Euro für die Abgeltung von nur einem Sechstel der bei Polizei angefallenen Überstunden eingestellt werden, ist ein Skandal und ein weiterer bezeichnender Ausdruck der von Innenminister Strobl ständig überbetonten hohen ‚Wertschätzung der Arbeit‘ unserer Polizei“, ergänzt der haushaltspolitische Sprecher der AfD. Die AfD-Fraktion hat für die Anschaffung dringend benötigter Ausrüstung der Polizei (+10 Millionen Euro), für den überfälligen Ausbau der Polizeischulen (+15 Millionen Euro) und für die Schaffung zusätzlicher Abschiebehaftplätze (+20 Millionen Euro) insgesamt zusätzliche Mittel in Höhe von 45 Millionen Euro beantragt. „Dass Baden-Württemberg überhaupt nur über 30 Abschiebehaftplätze verfügt und regelmäßig über



70 Prozent der Abschiebeversuche scheitern, ist eine Steuergeldverschwendung sondergleichen, welche an Eulenspiegelerei denken lässt. Auch im dritten Jahr nach der Flüchtlingskrise sieht das Innenministerium hier keine Abhilfe offensichtlich untragbarer und den Bürgern nicht vermittelbarer Missstände vor. Die Institutionen des Staates werden von der Landesregierung aus grün-ideologischen



311 Millionen Euro für den Ausbau der digitalen Infrastruktur im ländlichen Raum

Sowohl im europäischen als auch im internationalen Vergleich hat Baden-Württemberg inzwischen den Anschluss im Ausbau der digitalen Infrastruktur verloren. Gerade in Baden-Württemberg mit seiner durch den Mittelstand geprägten Wirtschaftsstruktur ist der digitale Breitbandausbau in den ländlichen Regionen ein entscheidender Schlüsselfaktor für den weiteren wirtschaftlichen Erfolg des Landes. „Es ist nicht zielführend, nur in den Sonntagsreden von den ‚Hidden Champions‘ zu schwärmen“, so Dr. Podeswa. „Der Bürger

Gründen der Lächerlichkeit preisgegeben“, analysiert Dr. Rainer Podeswa. „In dieser Situation zweistellige Millionenbeträge für ein ‚Arbeitsprogramm Gesellschaftlicher Zusammenhalt‘ einzuplanen, geht an den begründeten Erwartungen der Bürger vollständig vorbei und belegt einmal mehr, dass die Landesregierung die Lebenssituation der Bürger überhaupt nicht mehr wahrnimmt.“

muss von der Landesregierung auch erwarten können, die zwingend erforderlichen Grundvoraussetzungen für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit unserer vielen Weltmarktführer in der Fläche zu schaffen.“ Die AfD-Fraktion sieht im Jahr 2019 zusätzliche Mittel in Höhe von 311 Millionen Euro für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur im ländlichen Raum sowie weitere 4,2 Millionen Euro für die Einsetzung von Digitalisierungsmanagern in den Stadt- und Landkreisen zur Unterstützung einer funktionierenden IT-Struktur in den Schulen vor.

35 Millionen Euro für Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz und Rettungsdienste



MIT ZUSÄTZLICHEN 35 MILLIONEN EURO WILL DIE AfD-FRAKTION DIE INVESTITIONEN IN DAS FEUERWEHRWESEN, DEN KATASTROPHENSCHUTZ UND DIE RETTUNGSDIENSTE STÄRKEN.

Gründe dafür sind die durch die Landesregierung verursachten langjährigen Investitionsstaus. Auch im vorliegenden Haushaltsentwurf der Regierung sind wieder nur weniger als die Hälfte der von den Kommunen beantragten Zuschüsse vorgesehen. Die AfD fordert darüber hinaus eine kostenneutrale Stärkung des Petitionsausschusses des Landtags, gegenfinanziert durch die Abschaffung des Bürgerbeauftragten. „Bereits jetzt hat der Bürger 143 Bürgerbeauftragte in den Landtag gewählt, die Abgeordnete heißen. Ein weiterer ist da nicht erforderlich“, so der AfD-Politiker abschließend.



Personalkostensteigerungen gefährden die Zukunft des Landes

Die AfD-Fraktion setzt sich als einzige Fraktion für eine Stelleneinsparung in der Landesverwaltung ein. Das Land muss zukunftsfähig bleiben. Die Landesregierung hört nicht auf, den Beamten- und Angestelltenapparat weiter wachsen zu lassen. Dadurch entstehen langfristige Belastungen für das Land und die Steuerzahler. Hatte sich die Regierung in den vergangenen Jahren noch zu den vom Landesrechnungshof geforderten Stelleneinsparungen verpflichtet, wurden diese nun ersatzlos gestrichen. Zusammen mit den bereits geplanten und im Nachtragshaushalt vorgesehenen neuen Stellen plant die Landesregierung einen Aufwuchs bei den Staatsbeamten und Angestellten



von rund 3500 Stellen. „Auch bei einer nur geringfügig rückläufigen

Konjunktur werden diese unverantwortlichen Personalkostensteigerungen die finanziellen Handlungsspielräume der Landesregierung in den kommenden Jahren extrem einschränken. Bei einer Rezession mündet diese völlig falsche Weichenstellung der Landesregierung in einer Staatshaushaltskrise“, erläutert Podeswa. Die AfD-Fraktion beantragt daher die Wiedereinsetzung der Stelleneinsparverpflichtung und streicht den geplanten Stellenaufwuchs. Der Stellenplan des Landes Baden-Württemberg sollte im Jahr 2019 um 122 Stellen reduziert werden. „Unbestritten notwendige neue Stellen, beispielsweise bei den Verwaltungsgerichten, sind durch Stelleneinsparungen zu kompensieren“, so Dr. Podeswa.